

## PRESSEMITTEILUNG

Großbritannien und die EU

### Ein Austritt hilft niemandem

**Falls Großbritannien aus der Europäischen Union austritt, wäre der wirtschaftliche und politische Schaden für alle Beteiligten groß. Die europäische Integration erlitte einen herben Rückschlag, das Vereinigte Königreich würde auf wichtige Mitspracherechte verzichten und Deutschland verlöre einen freihändlerisch orientierten Partner. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).**

Im Falle eines britischen Exits (Brexit) aus der EU würde sich der gemeinsame Binnenmarkt um etwa 15 Prozent vermindern. So hoch ist momentan der Anteil des britischen Bruttoinlandsprodukts an der Wirtschaftsleistung aller 28 Mitgliedstaaten. Für die EU selbst hätte der Austritt laut IW-Analyse auch finanzielle Konsequenzen. Denn obwohl die Briten bei ihren Beiträgen zum EU-Haushalt einst einen Rabatt ausgehandelt haben, zahlen sie Jahr für Jahr mehr in den Brüsseler Etat ein, als sie zurückerhalten. 2012 betrug dieser Saldo gut 9 Milliarden Euro. Damit zahlte das Land netto mehr als Frankreich oder Italien.

Die vielfach diskutierten Alternativen zur Mitgliedschaft, wie eine Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum oder bilaterale Verträge zwischen Großbritannien und der EU, können die Vorteile eines Verbleibs in der EU für Großbritannien laut IW Köln nicht aufwiegen: Außerhalb der EU würde das Land nicht über die erhoffte Unabhängigkeit und Regulierungsautonomie verfügen, wenn es weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten will. Die Verhandlungsposition Großbritanniens wäre gleichzeitig aber deutlich schwächer als heute.

Doch auch die Europäische Union würde der Brexit schwächen. Denn in der aktuellen Situation könnte Großbritanniens Austritt schnell zum gefährlichen Präzedenzfall werden, der ähnliche Diskussion in anderen Ländern auslöst oder verstärkt – vor allem dort, wo es starke EU-kritische Parteien gibt.

Berthold Busch: Das Vereinigte Königreich vor dem Austritt aus der Europäischen Union? Wirtschaftliche und politische Konsequenzen eines Austritts und mögliche Alternativen zu einer Mitgliedschaft, [IW policy paper 9/2014](#)

Ansprechpartner im IW: Dr. Berthold Busch, Telefon: 0221 4981-762